

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in dieser Woche haben wir uns in einer vereinbarten Debatte mit dem Hilfsantrag Portugals befasst. Hier lässt sich nur feststellen, dass die Regierung versagt. Sie isoliert sich zunehmend in Europa und duckt sich weg vor einer ehrlichen Debatte im Bundestag. Es wird wieder getäuscht, vernebelt und hingehalten. Dabei geht es um die Zukunft Europas. Deutschland sollte in dieser Phase eine Führungsrolle übernehmen. Das Hin und Her in der Regierung führt jedoch nur dazu, dass sich die Lage verschlimmert. Unserer Auffassung nach können nur ein umfassendes Gesamtkonzept und entschiedenes Handeln der Staats- und Regierungschefs ein klares Signal an die Märkte senden. Dabei geht es nicht darum, einfach mehr Geld bereit zu stellen, sondern den Ländern Perspektiven für wirtschaftliches Wachstum zu eröffnen.

Auch beim Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit handelt die Regierung nicht. Einzige Ausnahme: Ab 1. Mai gilt ein Mindestlohn in der Leiharbeit – durchgesetzt von den Sozialdemokraten im Vermittlungsausschuss zur Arbeitsmarktreform. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im Januar in ihrem Antrag zur Arbeitnehmerfreizügigkeit klare Regelungen für faire Mobilität und soziale Sicherung gefordert. Dazu gehören vor allem ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn und die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt in dieser Woche war der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Hier sind weitere Anstrengungen für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung notwendig. Doch der Bedarf an Betreuungsplätzen wird von der Regierung unterschätzt und das Ziel einer bundesdurchschnittlichen Betreuungsquote von 35 Prozent bis 2013 ist nicht ausreichend. Gleichzeitig verhindert die kommunale Haushaltslage den beschleunigten Ausbau von Plätzen. Wir fordern deshalb einen neuen Krippengipfel, um den qualitativen und quantitativen Ausbau der Betreuungsplätze voranzubringen.

Eure Petra Ernstberger

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|--|
| 02 Faire Bedingungen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit | 04 Hilfsantrag Portugal |
| 02 Engagementpolitik weiterentwickeln | 05 Klimaschutz in Europa voranbringen |
| 03 Neuen Krippengipfel einberufen | 06 Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft |
| 03 Gesundheit als globales öffentliches Gut stärken | |

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE: VERA NICOLAY, STEFAN HINTERMEIER, ANJA LINNEKUGEL

TELEFON (030) 227-510 99 E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUS: 13.05.2011, 12.00 UHR

ARBEIT

Faire Bedingungen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit

Seit dem 1. Mai 2011 können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den der EU 2004 beigetretenen Ländern in allen EU-Mitgliedsstaaten leben und arbeiten. Um Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und vor allem Lohn- und Sozialdumping zu verhindern, benötigen wir klare Lohn- und Arbeitsbedingungen. Allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland muss Sicherheit und Schutz geboten werden. In unserem Antrag (Drs. 17/4530), der am 13. Mai abschließend beraten wurde, fordern wir die Regierung auf, eine Ausweitung der prekären Beschäftigung und des Niedriglohnsektors zu verhindern.

Unsere wichtigsten Forderungen:

- Die Maxime „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss gelten, ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn als Lohnuntergrenze muss eingeführt werden.
- Alle Branchen müssen in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen werden.
- Scheinselbstständigkeit ist zu verhindern.
- Die Zulässigkeit ökologischer und sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll in den Vergaberegulungen von EU, Bund und Ländern konkretisiert und erweitert werden. Eine Lohnuntergrenze und Tariftreue müssen Voraussetzungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge sein.
- Die wirksame Kontrolle von Schwarzarbeit sowie eine Generalunternehmerhaftung für den Einsatz von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind sicherzustellen.
- Registrierungen von Entsendungen bei der Sozialversicherung müssen zur Pflicht werden.
- Eine statistische Erfassung von Entsendetatbeständen ist einzuführen.
- Der Betriebsrat soll ein Mitbestimmungsrecht über Einsatz, Entlohnung und Arbeitsbedingungen von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten.
- Deutschland braucht mehrsprachige Beratungsstellen für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Auf europäischer Ebene fordern wir die Aufnahme einer Sozialen Fortschrittsklausel ins Primärrecht sowie eine soziale Querschnittsklausel.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Engagementpolitik weiterentwickeln

Bürgerschaftliches Engagement hat einen hohen gesellschaftlichen und politischen Stellenwert. Es befördert Mitbestimmung und Mitverantwortung sowie gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Wir fordern, dass die Weiterentwicklung der Engagementpolitik im Austausch mit Parlament und Bürgergesellschaft erfolgt. In unserer Großen Anfrage (Drs. 17/5135), haben wir nach Leitbild und Strukturen der nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung gefragt sowie dem Ausbau der Infrastrukturen und Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Die Antwort der Bundesregierung haben wir zum Anlass für eine Debatte im Bundestag am 12. Mai genommen.

Bei der Umsetzung der „Nationalen Engagementstrategie“, die das Bundeskabinett im Oktober 2010 beschlossen hat, soll nach Angaben der Regierung die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen intensiviert werden. Vorschläge für konkrete Kooperationsmöglichkeiten zwischen allen staatlichen Ebenen würden derzeit von Bund und Ländern Vorschläge erarbeitet.

Bei den Freiwilligendiensten haben wir nach einem Zeitplan gefragt, nach Regelungen sowie der finanziellen Absicherung für das Freiwilligendienststatusgesetz. Um Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern, fordern wir konkrete Maßnahmen für Menschen mit geringem Einkommen und mit einfachen Bildungs- und Berufsabschlüssen oder mit Migrationshintergrund. Auch die Partizipation in politischen Prozessen muss aus unserer Sicht ausgebaut werden. Wir wollen eine engere Verzahnung zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Bildung, die Behandlung von zugewandungs- und gemeinnützigkeitsrechtlichen Fragen, sowie eine Bewertung des Zusammenhangs von Erwerbsarbeit bzw. Arbeitsmarktpolitik und bürgerschaftlichem Engagement.

Laut ihrer Antwort auf die Große Anfrage strebt die Regierung ein Freiwilligendienststatusgesetz an. Das Gesetz soll die gesellschaftliche Anerkennung der Dienstleistenden stärken und ihnen mehr Rechtssicherheit bringen. Angaben darüber, wann der Gesetzentwurf vorliegen wird, macht die Regierung jedoch nicht.

FAMILIE

Neuen Krippengipfel einberufen

Der von der Regierung am 4. April 2011 durchgeführte „Bundesweite Erfahrungsaustausch - Gute kommunale Praxis für den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung in Deutschland“ hat gezeigt, dass weitere Anstrengungen für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung insbesondere für Kinder unter drei Jahren notwendig sind.

Der Bedarf an Betreuungsplätzen wird von der Regierung unterschätzt und das Ziel einer bundesdurchschnittlichen Betreuungsquote von 35 Prozent bis 2013 ist nicht ausreichend. Gleichzeitig verhindert die kommunale Haushaltslage den beschleunigten Ausbau von Plätzen. Es besteht weiterhin Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern, Bauflächen, Gebäuden und Räumen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung darf nicht in Frage stehen. Eltern brauchen verlässliche Angebote, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können. Und die Kommunen brauchen mehr Unterstützung beim Ausbau der Krippenplätze. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Regierung in unserem am 12. Mai debattierten Antrag (Drs. 175518) auf, den Bedarf an frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten unabhängig zu erheben. Die Vorstudie für die 2011 anstehende Zwischenevaluation des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013“ soll dem Bundestag zeitnah vorgelegt werden. Schließlich fordern wir die Einberufung eines neuen Krippengipfels, auf dem mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder, der Kommunalen Spitzenverbände sowie der Träger weitere Schritte für den qualitativen und quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren verabredet werden sollen.

GESUNDHEIT

Gesundheit als globales öffentliches Gut stärken

Gesundheitspolitik ist nicht nur ein nationales, sondern ein globales Aufgabenfeld: Weltweite Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut und Menschenrecht. Die derzeitigen Strukturen der globalen Gesundheitsarchitektur sind jedoch sehr komplex und nur unzureichend koordiniert. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird nur bedingt als Akteur wahrgenommen und kann ihren Aufgaben nicht vollständig nachkommen. Da sie aber die einzige legitimierte, internationa-

le Autorität in Gesundheitsfragen ist, muss die WHO als leitende und koordinierende Stelle des internationalen Gesundheitswesens gestärkt werden. Als drittgrößter Beitragszahler mit Sitz im Exekutivrat der WHO muss Deutschland sich aktiv in den Reformprozess einbringen.

In unserem Antrag (Drs. 17/5486), der am 12. Mai beraten wurde, fordern wir die Regierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Rolle der WHO als weltweit normsetzende Organisation in allen globalen Gesundheitsfragen und bei der Etablierung von Gesundheitssystemen international verbindlich festgeschrieben wird. Die WHO soll ihr Potenzial als globaler gesundheitspolitischer Akteur ausschöpfen, sowohl in den Verhandlungen anderer internationaler Organisationen, als auch in ihrer Rolle als Anwältin der öffentlichen Gesundheit, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern. Neben einer Reform der Finanzierungsgrundlage müssen dafür auch die internen Strukturen und Entscheidungsprozesse übersichtlicher und transparenter und stärker auf die Mitwirkung relevanter Akteure ausgerichtet werden. Schließlich soll sich die Regierung für die Berücksichtigung der EU-Strategie zur Rolle der EU in der globalen Gesundheitspolitik einsetzen.

HAUSHALT

Hilfsantrag Portugal

Am 8. April 2011 hat Portugal einen offiziellen Hilfsantrag für Mittel aus dem Rettungsfonds an die Europäische Union gestellt. Nach dem Scheitern eines weiteren Sparpakets im Parlament und dem Rücktritt der Regierung waren offenkundig alle Versuche Portugals gescheitert, die staatliche Finanzierungskrise aus eigener Kraft zu schultern. Der Bundestag diskutierte am 12. Mai in einer Vereinbarten Debatte über den Hilfsantrag Portugals.

Europapolitik braucht lange Linien

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion reichen die bislang ausgehandelten Rettungsmechanismen nicht aus, um das Land dauerhaft aus der Krise zu führen. Der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier warf der Bundesregierung vor, Europa zu fürchten. Sie blicke mit ängstlichem Blick auf die innere Lage und drücke sich vor der Debatte. Er kritisierte, dass dem Bundestag wichtige Beratungsunterlagen vorenthalten werden.

Seit mehr als einem Jahr ist die europäische Politik der Regierung Merkel von Täuschung, Vernebelung und Umgehung des Parlaments gekennzeichnet. Nirgendwo versagt das System Merkel so dramatisch wie in der Euro-Krise. Die Sozialdemokraten haben von Anfang an gewarnt, dass der Wortbruch und die Heimlichtuerei Merkels kein neues Vertrauen schaffen kann. Wir haben kritisiert, dass es nicht reicht, den Steuerzahler als Generalbürgen für die Folgen der Finanzkrise haften zu lassen, ohne die Finanzakteure substantiell zu beteiligen.

Finanztransaktionssteuer weiterhin erforderlich

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die nichts anderes als eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte ist, bleibt auf der Tagesordnung. Wir brauchen außerdem eine ausgewogene Gläubigerbeteiligung, damit Länder wie Griechenland wirtschaftlich nicht durch die Zinsschraube stranguliert werden. Letzten Endes kann es nur eine nachhaltige Lösung der Krise geben, wenn nicht nur Deutschland, sondern auch wachstumsschwächere Euro-Länder neue Impulse wirtschaftlicher Entwicklung setzen können. Das ist eine Aufgabe, die diese Länder selbst angehen müssen, aber Europa darf sie dabei nicht allein lassen.

Deutschlands Ansehen auf Tiefpunkt gelangt

In dieser Schicksalsstunde der europäischen Einheit fällt Deutschland durch den Wankelmut seiner konservativen Regierung als Vorreiter aus. Nur ein umfassendes Gesamtkonzept und

entschiedenes Handeln der Staats- und Regierungschefs können ein klares Signal an die Märkte senden. Dabei geht es nicht darum, einfach mehr Geld bereit zu stellen, sondern den Ländern Perspektiven für wirtschaftliches Wachstum zu eröffnen. Staaten mit Verschuldungsproblemen brauchen Konsolidierung, aber vor allem brauchen sie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, damit sie überhaupt in der Lage sind, aus eigener Kraft ihre Haushalte auszugleichen. Das konservative Spardiktat ist die falsche Antwort auf die Krise. Ein Pakt für Wachstum, Beschäftigung und soziale Stabilität ist überfällig. Nur durch eine verbindliche Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden wir in der EU insgesamt wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren.

Mutloses Herumdoktern an Symptomen muss aufhören

Die Finanzminister der EU müssen endlich Ernst machen mit der Beteiligung von Gläubigern, der Restrukturierung von unterkapitalisierten Banken und der Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht weiter die alleinigen Zahlmeister der Kosten der Finanzkrise sein, indem die betroffenen Staaten in rigide Sparprogramme gezwängt werden, die zum Abbau der Sozialsysteme führen.

UMWELT

Klimaschutz in Europa voranbringen

Die Regierung soll sich auf europäischer Ebene für eine unkonditionierte Senkung der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 einsetzen. Dies fordert die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag (Drs. 17/5231), der am 12. Mai im Bundestag debattiert wurde.

Zukunftsmärkte stärken

In den kommenden Klimaschutzverhandlungen muss diese Position offensiv vertreten werden. Auch das Europäische Parlament hat dies bereits eingefordert. Eine Verschärfung des Klimaschutzziels ist sowohl für den Ausbau des Europäischen Emissionshandels, als auch für eine ausgewogene Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten der EU und zwischen Emissionshandel und anderen Bereichen wie Verkehr, Haushalt und Gebäuden wichtig. Sie verspricht eine höhere Sicherheit bei der Energieversorgung, bessere Luftqualität und zusätzliche Arbeitsplätze. Die EU würde dadurch ihre Position auf den stark wachsenden grünen Zukunftsmärkten stärken: Wer heute mehr Klimaschutz verhindert, verhindert die sicheren Arbeitsplätze von morgen.

Seit 2008 verfügt die Europäische Union über eine integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie. Eines ihrer Kernziele ist die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zu 1990. Auf dem Klimagipfel der Vereinten Nationen in Cancun Ende 2010 hat sich die Staatengemeinschaft zum ersten Mal auf eine 2-Grad-Obergrenze geeinigt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen im Durchschnitt um 25 bis 40 Prozent verringern.

Schwarz-Gelb lässt die Chancen an Europa vorbei ziehen

Die schwarz-gelbe Bundesregierung verbindet eine solche Zielsetzung nach wie vor mit der Bedingung, dass ein internationales Klimaabkommen zustande kommt. Dabei verspielt sie die Chance, Europa durch die Umsetzung ambitionierter Klimaschutzziele zum Vorbild für weltweite Anstrengungen auf dem Weg in eine Zukunft der Nachhaltigkeit und des erfolgreichen Klimaschutzes zu machen.

VERKEHR / WIRTSCHAFT

Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft

Die schwarz-gelbe Bundesregierung fährt in der maritimen Politik auf falschem Kurs. Die Branche braucht Rückenwind für den globalen Wettbewerb. Die Bundesregierung muss dazu beitragen, das maritime Profil zu schärfen und das hervorragende Know-how in diesem Bereich zu bündeln und zu sichern. Die maritime Wirtschaft ist keine Exklusivangelegenheit der Küstenregion, sondern ein Wachstumsmotor für unsere gesamte Volkswirtschaft. Längst werden mehr als 40 Prozent des Umsatzes im maritimen Sektor in den Bundesländern fernab der Küste erwirtschaftet. Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu den umfangreichen Antrag „Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft“ (Drs. 17/5237) eingebracht und am 13. Mai im Bundestag beraten.

Die maritime Wirtschaft ist alles in allem einigermaßen glimpflich aus der Krise gekommen. Das Verdienst der Bundesregierung ist das nicht. Der Maritime Koordinator der Bundesregierung ist ein Totalausfall; er kümmert sich nicht um diesen wichtigen Sektor der deutschen Wirtschaft. Ganz offenkundig hat die Bundesregierung bis jetzt nicht verstanden, welche Bedeutung einer zielgenauen Förderung der maritimen Wirtschaft zukommt. Zwar behauptet sie, die maritime Wirtschaft sei weiterhin ein Schwerpunktthema für sie. Aber ihre Politik spricht eine andere Sprache. Mit der Halbierung der Förderung für die Seeschifffahrt geben Union und FDP ein völlig falsches Signal, und die Umbaupläne für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes gefährden den Warentransport von und zu den Seehäfen.

In unserem Antrag fordern wir u.a. die Regierung auf, beim Schiffbau eine strategische Neuausrichtung der Geschäftsfelder und die Erschließung neuer Märkte einzuleiten. Die Seeschifffahrtsbranche muss konsequent gefördert werden; sowohl in Bezug auf Fördermittel als auch auf Ausbildungsplätze. Das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in der vergangenen Wahlperiode entwickelte „Nationale Hafenkonzept“ muss zügig umgesetzt werden. Auf europäischer Ebene soll die Regierung sich für eine Harmonisierung der Beihilferichtlinien und Transparenzregelungen sowie die Umsetzung des EU-Konzepts „From Road to Sea“ einsetzen.